

VON BERND KASTNER

„Ich werde nicht schweigen“

Das Gutachten zum Missbrauch an Kindern in der Münchner Erzdiözese wird an diesem Donnerstag veröffentlicht. Betroffene klagen das jahrelange Vertuschen der Verbrechen an

Just am Mittwochmorgen habe sich ein Bekannter gemeldet, erzählt Wolfgang Rothe. Sie kennen sich seit Langem, haben zusammengearbeitet. Und nun erzählt dieser Mann, dass er auch ein Betroffener sei, betroffen von Missbrauch in der katholischen Kirche. „Dieser Teil unserer Geschichte war der Sprachlosigkeit zum Opfer gefallen“, sagt Rothe, der selbst als Priester in Ramersdorf arbeitet. „Diese Sprachlosigkeit muss überwunden werden.“ Er gehört zu den Engagierten in der katholischen Kirche, die für eine offensive Aufarbeitung von Missbrauchsfällen kämpfen. Am Nachmittag wird er auf dem Marienplatz stehen, wo ein überdimensionierter Bischof in einer Hängematte lümmelt, darauf die ironische Anmerkung: „12 Jahre schonungslose Aufarbeitung der Missbrauchsfälle!“

Wer wegschaut, wer Täter schützt, der sei selbst schuldig

Die Aktion von verschiedenen Betroffeneninitiativen aus Deutschland findet statt, weil an diesem Donnerstag das lange erwartete Missbrauchsgutachten zur Erzdiözese München und Freising veröffentlicht werden soll. Die Kirche hat vor zwei Jahren die Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl mit der Untersuchung beauftragt. Darin soll es unter anderem um die Verantwortung der Münchner Erzbischöfe gehen: Was wussten Joseph Ratzinger, der spätere Papst Benedikt XVI., Friedrich Wetter und Reinhard Marx? Was taten sie, um die Täter zu stoppen und zu sanktionieren?

„Machtmissbrauch, Intransparenz, Willkür“: Diese Begriffe schreiben die Aktiven aus dem Aktionsbündnis dem „System Kirche“ zu. Das Bündnis, zu dem die bundesweit bekannte Initiative „Eckiger Tisch“ gehört, kritisiert die bisherigen Untersuchungen in der Kirche als „Aufarbeitung nach Gutdünken durch eigene Gutachter“ und fordert: „Es braucht endlich eine durch den Staat garantierte unabhängige Aufklärung und Aufarbeitung der systematischen Verbrechen an Kindern und Jugendlichen und ihrer Vertuschung durch bischöfliche Verantwortungsträger.“ Zudem solle die Kirche Geld geben, um Betroffenen die Selbstorganisation zu ermöglichen. Kritisiert wird auch die Praxis des



Ein Bischof in der Hängematte wird auf dem Marienplatz zum Symbol für die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche.

FOTO: CATERINA HESS

kirchlichen Verfahrens zur „Anerkennung des Leids“. Es sei intransparent und willkürlich, die ausgezahlten Beträge orientierten sich daran, „was sich die Kirche leisten will, nicht danach, was gerecht und angemessen wäre.“

Priester Rothe sagt, er engagiere sich bewusst „als Vertreter eines Systems, das

Missbrauch lange ignoriert und vertuscht hat“. Als solcher wolle er Stellung beziehen und sich dafür einsetzen, eine der Ursachen für systematischen Missbrauch zu beseitigen – die Sexualmoral der Kirche.

Agnes Wich gehört zu jenen von Missbrauch Betroffenen, die Worte für das allzu

oft Unaussprechliche findet. Es ist eine Anklage, die sie vorbereitet hat für den Marienplatz. Als Neunjährige, berichtet sie, wurde sie in ihrem Heimort von einem Pfarrer missbraucht, später habe sie lernen müssen, ihre „Träume, Wünsche, Hoffnungen“ ans Leben aufzugeben und einen neuen Weg ins Leben zu finden. „Wer weg-

sieht, macht sich schuldig“, sagt Agnes Wich, „wer vertuscht und Täter schützt, ist schuldig.“ Wen sie meint, ist klar: die Verantwortlichen in der katholischen Kirche. Der Täter sei nie rechtskräftig verurteilt, stattdessen geschützt worden. „Ja, das ist eine Anklage“, sagt sie. „Ich werde nicht schweigen.“

Im Schwimmbad tauchen Probleme auf

Das städtische Schwimmbad „Forstnerrieder Park“ an der Stäblistraße hat viele Fans. Kostenlose Wassergymnastik, ein wettbewerbsfähiges Becken und diverse Zusatzleistungen und Services machen die Einrichtung für Wassersportfreunde attraktiv. Doch seit etwa zwei Jahren trüben bauliche Mängel die Freizeitfreuden. Mal funktionierten die Duschen nicht richtig, dann wurde, unter anderem wegen Schimmelbildung, der Betrieb der Finnischen Sauna eingestellt, durchs Dach tropfte Wasser. Eine Generalsanierung ist längst beschlossene Sache, lässt aber auf sich warten. Für den Bezirksausschuss (BA) Thalkirchen-Obersendling-Forstnerried-Fürstenried-Solln war dies nun Anlass zu einer dezidierten Nachfrage bei den Stadtwerken. Der BA will wissen, wann etwas vorangeht. Versehen wurde die dezentrale Mahnung mit einem Hinweis auf die Bedeutung des Bades für Schulen und Vereine. Doch die Bäderabteilung der Stadtwerke kämpft mit Corona-bedingten Betriebs Einschränkungen, Geld- und Personalmangel. Überdies hat sie noch weitere Baustellen, wie etwa im Bad Georgenschwaige, wo nach einem Brand die Technik erneuert werden musste. WOL

Bedenken gegen geplantes Flexiheim

Angesichts eines geplanten Flexiheims an der Steinkirchner Straße in Fürstenried hat der Bezirksausschuss Thalkirchen-Obersendling-Forstnerried-Fürstenried-Solln „einige Bedenken bezüglich der entstehenden sozialen Situation im Umfeld“ angemeldet. Dringend notwendig sei ein Konzept zur sozialen Integration der unterzubringenden wohnungslosen Menschen. Denn in der Umgebung befinden sich mehrere Kindereinrichtungen sowie ein Altenheim. Es gelte, Probleme zu vermeiden, wie man sie von den Flexiheimen an der Boshetsrieder Straße 151 und 155 her kenne. Es bedürfe eines „engen Betreuungsschlüssels bei der sozialpädagogischen Betreuung vor Ort“. Darüber hinaus sollten nicht nur wohnungslose Einzelpersonen und Paare, sondern vermehrt auch Familien sowie wohnungslose alleinerziehende Mütter untergebracht werden. Beate Meyer (CSU) forderte zudem die Verwaltung auf, derartige Einrichtungen künftig besser im gesamten Stadtgebiet zu verteilen. WOL

Viele Radler, doch Vorrang für Autos

Die Bärmannstraße verbindet den Nymphenburger Schlosspark mit Pasing und ist Teil einer übergeordneten Fahrradverbindung von der Münchner Innenstadt zum Pasinger Bahnhof. Entsprechend ist die Route auch beschildert. Doch trotz des regen Radverkehrs auf dieser Strecke soll die Bärmannstraße nicht, wie von Pasing Lokalpolitikern beantragt, als Fahrradstraße ausgewiesen werden. Denn dafür, so argumentiert das städtische Mobilitätsreferat, sei sie mit einer „lichten Fahrgassenbreite“ von maximal 3,90 Metern schlicht zu schmal. Fahrradstraßen bedingene eine Breite von mindestens vier Metern. Nur dann sei es Radlern möglich, bei gleichzeitigem Gegenverkehr nebeneinander her zu fahren. Eine Antwort, die Pasinger Bürgervertreter nicht einleuchtet. Der Radverkehr, so der Bezirksausschuss, sei in der Bärmannstraße „bereits die vorherrschende Verkehrsart“ und insofern für die Ausweisung als Fahrradstraße „prädestiniert“. EDA

Beben um den „Bunker“

Das Schulzentrum Fürstenried muss saniert werden. Doch seit Kurzem steht der Komplex unter Denkmalschutz. Die Lokalpolitiker fürchten die Folgen

Als das Landesamt für Denkmalpflege im Oktober das Schulzentrum Fürstenried, ein als „Bunker“ bekannter Gebäudekomplex, in die bayerische Denkmalliste eintrug, löste dieser Schritt im zuständigen Bezirksausschuss Erstaunen aus. Das lag nicht allein daran, dass hier ein „Beispiel für die Architektur des Brutalismus“ eine Würdigung erfuhr. Mehr noch fragte man sich, wie die Vorgaben des Denkmalschutzes mit der dringenden erforderlichen Sanierung und Erweiterung des Staatlichen Gymnasiums sowie der Josef-von-Fraunhofer-Realschule zusammenpassen sollen. Und ob der Akt der Denkmalschützer nicht mit dem Ausschuss abzustimmen gewesen wäre. Auch die Frage der Finanzierung der Schulrenovierung unter komplizierteren Vorzeichen warfen die Lokalpolitiker auf. Nun hat das Referat für Stadtplanung und Baubehörde dazu Stellung bezogen. Die Botschaft: Alles kein Problem.

Für die Denkmaleigenschaft eines Bauwerks sei lediglich ausschlaggebend, ob dieses die Kriterien des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes erfülle, lässt das Planungsreferat den Bezirksausschuss Thal-



Typischer Brutalismus: Das Schulzentrum Fürstenried, „Bunker“ genannt, steht neuerdings auf der Denkmalliste.

FOTO: ALESSANDRA SCHELLNEGGER

kirchen-Obersendling-Forstnerried-Fürstenried-Solln wissen. Die „Herstellung des Benehmens mit der betroffenen Gemeinde“ sei daher nicht zwingend erforderlich. Das Entscheidungsrecht zur Aufnahme eines Bauwerks in die Denkmalliste liege „ausschließlich beim Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege“.

Mit dem Listeneintrag des Schulbaus an der Engadiner Straße 1 sei dessen Eigenschaft als Baudenkmal sofort zu beachten, teilt das Planungsreferat ferner mit. Doch nach allen bisherigen Erfahrungen ließen sich die Anforderungen des Denkmalschutzes „gut in Bauabläufe integrieren“. Zu Verzögerungen müsse es bei der Sanierung des Schulzentrums also nicht kommen. Auf das von Rupprecht Geiger stammende Farbkonzept des Gebäudekomplexes, das dem Bezirksausschuss reichlich verblasst erscheint, geht das Referat ebenfalls ein: Es werde „in enger Abstimmung mit dem Archiv Geiger wieder stärker erlebbar gemacht“. Als Grundlage dafür dienten Planunterlagen, Fotos und Abstimmungen mit dem Architekten Peter Lanz und dem Vorsitzenden der Kunstkommission Bernhart

Schwenk. Erste Kunstwerke seien schon überarbeitet worden.

Abschließend weist das Planungsreferat die Stadtpolitiker darauf hin, dass die schulischen Sanierungsmaßnahmen durchaus auch im Sinne des Denkmalschutzes seien. Bauaufgaben an denkmalgeschützten Kindertagesstätten oder Schulen bei laufendem Betrieb gehörten heutzutage zur Routine, wie sich unter anderem bei der Sanierung und Errichtung eines Ergänzungsbau am Oskar-von-Miller-Gymnasium sowie beim Maximiliansgymnasium erkennen lasse. Regelmäßig erhielten das Referat für Bildung und Sport sowie das Baureferat sogar Auszeichnungen für vorbildliche Sanierungen und Erweiterungen denkmalgeschützter Schulen.

Der Bezirksausschuss hält gleichwohl an seiner Forderung fest, die Schulerweiterung im Zeichen des Denkmalschutzes dürfen unter keinen Umständen zu Lasten der knapp 2000 Schülerinnen und Schüler in Fürstenried gehen. Denn die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen seien allemal wichtiger als der Schutz eines fragwürdigen Denkmals. JÜRGEN WOLFRAM

Hunderte Bäume für U-Bahn-Bau gefällt

Wegen der Verlängerung der U5 nach Pasing kommt es zum Kahlschlag – aufgrund des Trassenverlaufs sei das nötig

Dort, wo Anfang des Monats noch hoch gewachsene alte Bäume standen, prägen jetzt kahle Stellen und kurze Baumstümpfe das Bild der Gotthardstraße in Laim. Pasanten, Anwohner und Naturschützer sind bestürzt. Für den Bau der neuen U-Bahn-Trasse vom Laimer Platz nach Pasing mussten in der vergangenen Woche mehrere Hundert Bäume weichen. Kahlschlag nach Plan.

Am 15. Dezember hatte der Stadtrat die Projektgenehmigung für die Verlängerung der U5 erteilt und das Baureferat mit dem Bau des ersten Teilschnitts beauftragt. In Windeseile wurden Bäume mit einem Stammumfang von 80 Zentimetern zwi-

schen der Fischer-von-Erlach- und der Willibaldstraße abgesägt, um Platz zu machen für die Bauarbeiten, bei denen auf einer Strecke von rund 3,8 Kilometern drei neue U-Bahnhöfe - Willibaldstraße, Am Knie und Pasing - entstehen.

Auf einer Länge von insgesamt 1,2 Kilometern gehen die Abholungen jetzt im Osten der Gotthardstraße bis zur Von-der-Pfordten-Straße weiter. Insgesamt sollen 384 der rund 530 Bäume entfernt werden. Etwa 90 Prozent seien bereits gefällt, teilte ein Sprecher des Baureferats auf Anfrage mit. Grund für das schnelle Vorgehen: „Die Baumfällungen müssen wegen naturschutzrechtlicher Vorgaben bis Ende Fe-

bruar abgeschlossen werden.“ Dann nämlich beginnt die Nist- und Brutzeit der Vögel. Dass man sich um den Tierschutz sorgt, unterstreicht der Einsatz eines Hubsteigers, mit dessen Hilfe man zwölf Eichhörnchen-Kobel besichtigte, um sicherzustellen, dass kein Jungtier gerettet werden muss.

Und dass die Bäume überhaupt fallen müssen, sei laut dem Stadtratsbeschluss „unvermeidbar“. Wegen der zu geringen Tiefenlage der Gleise am Laimer Platz kann keine unterirdische Tunnelbaustelle eingerichtet werden. Statt bergmännisch muss in der sogenannten Deckelbauweise gebaut werden. Das heißt, die Straße muss

aufgerissen und eine Baugrube ausgehoben werden. Erst im Bereich der Kleingartenanlage, westlich der Willibaldstraße, soll unterirdisch und damit baumschonend weitergearbeitet werden. In einem Gutachten hat die Stadt geprüft, ob die Verpflanzung einzelner Bäume möglich ist. Wie das Baureferat mitteilt, sollen geeignete Bäume in der kommenden Woche verpflanzt werden. „14 Bäume werden in der städtischen Baumschule zur weiteren Verwendung aufgezogen und kultiviert.“ Elf weitere sollen in umgebende Grünanlagen verpflanzt werden.

Wie geht es danach weiter? Der Bau der U-5-Verlängerung erfolgt in zwei Teilschnitten. Der erste Bauabschnitt umfasst die Strecke vom Laimer Platz über die Gotthardstraße bis zum künftigen U-Bahnhof Willibaldstraße. Um die Versorgung der Anlieger mit Strom, Gas, Wasser und Telefonanschluss während des Tunnelbaus sicherzustellen, werden die jeweiligen Leitungen durch die Spartenräger umverlegt und damit wichtige Voraussetzungen für die anschließenden Ersatzkanaltrassen geschaffen. Bis Ende April dauern die Arbeiten am Stromnetz, wie die SWM Infrastruktur in einer Baustelleninformation bekannt gab. Dabei kann es in der Gotthardstraße vorübergehend zu Behinderungen im Geh- und Fahrbereich kommen. Das Parken ist nur eingeschränkt möglich. Im Bereich des künftigen U-Bahnhofs Willibaldstraße und der anschließenden U-Bahn-Abstellanlage werden Kanäle und Kabel verlegt.

Nach Abschluss der Bauarbeiten in etwa zehn Jahren sollen möglichst genau so viele Bäume nachgepflanzt werden, wie gefällt worden sind. Anfang der 2030er-Jahre soll dann die neue U-5-West in Betrieb gehen. CHRISTINA SEIPEL



Vor Kurzem stand an der Gotthardstraße ein Baum neben dem anderen – nun liegen sie gefällt am Straßenrand. Die Fällungen müssen bis Ende Februar abgeschlossen sein, bevor die Nist- und Brutzeit der Vögel beginnt.

FOTO: PRIVAT

TAG DER OFFENEN TÜR
Samstag, 22.01.2022
10 bis 14 Uhr
ONLINE per Videokonferenzen
Die Meeting-Links werden am Tag der offenen Tür über fos-karlsfeld.de/termine bekanntgegeben

ONLINE INFOABENDE
Der Zugangslink wird am Tag des Online-Meetings über fos-karlsfeld.de/termine bekanntgegeben

Dienstag, 25.01.2022 **Mittwoch, 16.02.2022**
Donnerstag, 24.02.2022

MEIN WEG ZUM ABITUR

AGRWARTSCHAFT, BIO- & UMWELTECHNOLOGIE **A** GESTALTUNG **G**
SOZIALWESEN **S** WIRTSCHAFT & VERWALTUNG **W**

Fachoberschule Karlsfeld des Fachoberschule Dachau e.V.
Zugspitzstraße 3 · 85757 Karlsfeld · Telefon (08131) 3359666
E-Mail: info@fos-karlsfeld.de · www.fos-karlsfeld.de